

Fragen

für die Fragestunde der 77. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 1. Dezember 2010

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Andreae, Kerstin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	47, 48	Hermann, Winfried (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 96
Barnett, Doris (SPD)	26, 31	Hiller-Ohm, Gabriele (SPD)	20, 21
Barthel, Klaus (SPD)	27, 28	Hinz, Priska (Herborn) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 43
Bas, Bärbel (SPD)	63, 64	Dr. Högl, Eva (SPD)	8, 116
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 97	Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	102, 103
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	70, 71	Hönlinger, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 3
Bender, Birgitt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 82	Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	89, 90
Dr. Bunge, Martina (DIE LINKE.)	88	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	108, 109
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	112, 113	Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30
Dörner, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 75	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	83
Dreibus, Werner (DIE LINKE.)	67, 68	Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	59, 60
Duin, Garrelt (SPD)	24, 25	Kolbe, Daniela (Leipzig) (SPD)	78, 79
Ernst, Klaus (DIE LINKE.)	13, 69	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	99, 100
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 101	Kramme, Anette (SPD)	61, 62
Gohlke, Nicole (DIE LINKE.)	104, 105	Krellmann, Jutta (DIE LINKE.)	15, 16
Gottschalck, Ulrike (SPD)	91, 92	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	98, 107
Hacker, Hans-Joachim (SPD)	19, 93	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 37
Hagemann, Klaus (SPD)	106		
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 45		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Lambrecht, Christine (SPD)	5	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 41
Lazar, Monika (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	55, 56	Scharfenberg, Elisabeth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	80, 81
Lischka, Burkhard (SPD)	4	Dr. Schick, Gerhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 10
Marks, Caren (SPD)	76, 77	Schmidt, Silvia (Eisleben) (SPD)	14, 114
Müller-Gemmeke, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 35	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	46, 115
Dr. Mützenich, Rolf (SPD)	110, 111	Senger-Schäfer, Kathrin (DIE LINKE.)	84
Nink, Manfred (SPD)	22, 23	Dr. Strengmann-Kuhn, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	51, 52
Dr. Notz, Konstantin von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	53, 54	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12
Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	73, 74	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	6, 72
Paula, Heinz (SPD)	11, 95	Wagner, Daniela (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49, 50
Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 39	Weinberg, Harald (DIE LINKE.)	86, 87
Röspel, René (SPD)	85, 94	Wicklein, Andrea (SPD)	18
Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57, 58	Zimmernann, Sabine (DIE LINKE.)	65, 66

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	25
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	26
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	28
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	29
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	29
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	30

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

1. Abgeordneter
Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Rechtsfolgen ergeben sich – in zivilrechtlicher und zivilprozessualer Hinsicht – de lege lata für Schadenersatzansprüche eines Kunden gegenüber einem Wertpapierdienstleistungsunternehmen wegen fehlerhafter Anlageberatung daraus, wenn das Anlageprotokoll gemäß § 34 Absatz 2a des Wertpapierhandelsgesetzes nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig angefertigt wird?

2. Abgeordnete
Ingrid Hönlinger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wann ist mit Abschlussberichten bzw. Beschlüssen auf exekutiver Ebene zur Zukunft des Betreuungsrechts, d. h. sowohl auf Ebene der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Vorbereitung auf die Justizministerkonferenz als auch auf Ebene der interdisziplinären Arbeitsgruppe im Bundesministerium der Justiz, zu rechnen, und wird die Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode einen Gesetzentwurf zur Reform des Betreuungsrechts in den Deutschen Bundestag einbringen?

3. Abgeordnete
Ingrid Hönlinger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wie begründet die Bundesregierung die geplante Festschreibung der Besuchshäufigkeit im Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts (Bundestagsdrucksache 17/3617) vor dem Hintergrund der Empfehlung aus dem Evaluationsbericht zum Zweiten Betreuungsrechtsänderungsgesetz, wonach die Faktoren zur Qualität gesetzlicher Betreuung erst noch eruiert werden müssten, und welche Konsequenzen bezogen auf die pauschalierte Leistungsvergütung hätte eine gesetzlich vorgeschriebene Besuchshäufigkeit?

4. Abgeordneter
Burkhard Lischka
(SPD)
Worin bestand die „umfassende Untersuchung“ zur Rolle des Justizministeriums während der NS-Zeit, und was sind die wesentlichen Ergebnisse dieser Untersuchung, auf die ein Sprecher des Bundesministeriums der Justiz in einem Beitrag zu Forderungen nach der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit von Bundesministerien gegenüber der „die tageszeitung“ (17. November 2010) verwiesen hat, um dann auszuführen, dass „kein weiterer Handlungsbedarf“ bestünde?

5. Abgeordnete
Christine Lambrecht
(SPD)
- Sieht sich die Bundesregierung u. a. angesichts der Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 6. Oktober 2010 (XII ZR 202/08) zur Dauer des Unterhaltsanspruchs von Frauen, die in der Ehe über Jahre Haushaltsführung und Kindererziehung übernommen haben, zu einer gesetzlichen Klarstellung oder gar Gesetzesänderung im Bereich des Unterhaltsrechts veranlasst?
6. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)
- Wie viele Verfahren gab es in den vergangenen 24 Monaten nach Kenntnis der Bundesregierung an Landwirtschaftsgerichten mit Bezug auf § 19 des Grundstücksverkehrsgesetzes, und in wie vielen Fällen wurde für ein Vorkaufsrecht der landwirtschaftlich ortsansässigen Betriebe entschieden?
7. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung vor dem Hintergrund der These „Wenn die Presse darüber berichtet, welche Orte besonders gefährdet sind, dann kann das unter Umständen ein Anreiz für Terroristen sein. Die Presse muss dazu verpflichtet werden, sich zurückzuhalten, wenn die Gefährdungslage wie jetzt hoch ist.“ (vgl. die Aussage des Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages, Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen), in der Saarbrücker Zeitung vom 24. November 2010) Forderungen, wegen der Terrorgefahr die Pressefreiheit einzuschränken, und sieht die Bundesregierung Anlass, bei einer hohen Gefährdungslage die Presse zu einer Einschränkung ihrer Berichterstattung zu verpflichten bzw. auf eine diesbezügliche Selbstverpflichtung der Medien hinzuwirken?
8. Abgeordnete
Dr. Eva Högl
(SPD)
- Wann legt die Bundesregierung ihren Vorschlag für eine neue Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG zur Vorratsdatenspeicherung vor, und welche Kriterien zum Grund und zur Dauer der Speicherung wird diese voraussichtlich erhalten?
9. Abgeordneter
Winfried Hermann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung bei einer Reform des Fahrgastrechtesgesetzes eine Regelung aufzunehmen, mit der die Servicezeiten an Bahnhöfen an die Bedürfnisse von Reisenden mit Mobilitätseinschränkungen angepasst werden, und wenn nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

10. Abgeordneter
Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hält die Bundesregierung den von ihr angestrebten Abschluss eines Steuerabkommens mit der Schweiz unter Einbezug einer anonymen Abgeltungsteuer vor dem Hintergrund der Aussagen des EU-Steuerkommissars Algirdas Semeta (Neue Zürcher Zeitung, 16. Oktober 2010) und des italienischen Finanzministers Giulio Tremonti (Tages Anzeiger, 17. November 2010) für vereinbar mit der einstimmig im ECOFIN-Rat vereinbarten EU-Position, mit Drittstaaten den automatischen Informationsaustausch in Steuerfragen anzustreben?
11. Abgeordneter
Heinz Paula
(SPD)
- Wird der Zollstatus des Augsburger Flughafens erhalten bleiben, und gibt es einen Zusammenhang zwischen einer Aufwertung des Allgäu Airports Memmingerberg zum Zollflughafen und einer etwaigen Aberkennung des Zollstatus für den Augsburger Flughafen?
12. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum hat die Bundesregierung bisher nicht die Gewährung von Garantien und Krediten in Milliardenhöhe aus Steuermitteln an Staaten wie jetzt an Irland und vorher an Griechenland oder an Finanzinstitute in Deutschland von Auflagen und Bedingungen abhängig gemacht, dass die privaten Geldhäuser, die von solchen Hilfen letztlich profitieren, durch Zahlungen oder durch Kreditausfall an der Lösung der Schuldenkrise beteiligt werden, und welche konkreten Schritte wird die Bundesregierung kurzfristig und zeitnah unternehmen, um der Forderung der Bundeskanzlerin Rechnung zu tragen, die Finanzindustrie solle beim Lösen der Schuldenkrise Verantwortung übernehmen (Handelsblatt, 24. November 2010)?
13. Abgeordneter
Klaus Ernst
(DIE LINKE.)
- Welche deutschen Banken haben Kredite an das Königreich Spanien, Irland und die Portugiesische Republik vergeben, und wie hat sich der Bestand an Verbindlichkeiten dieser Banken in den genannten Ländern seit 2005 entwickelt?

14. Abgeordnete
Silvia Schmidt (Eisleben)
(SPD)
- Wie können selbständig arbeitende Assistenten von Menschen mit Behinderung, die aus den Leistungen im Rahmen eines Persönlichen Budgets ihres Klienten finanziert werden und diese privat anbieten, diese Leistungen gleichberechtigt mit gemeinnützigen Diensten der Wohlfahrtspflege ohne Umsatzsteuerbefreiung anbieten, und muss im Sinne des Wunsch- und Wahlrechts die Mehrwertsteuer von der bewilligenden Behörde eingerechnet werden, wenn der Mensch mit Behinderung eine Assistenz durch einen privaten selbständigen Anbieter verlangt?
15. Abgeordnete
Jutta Krellmann
(DIE LINKE.)
- Wie wird die Finanzkontrolle Schwarzarbeit sicherstellen, dass ausländische Leiharbeitsagenturen die Mindestbestimmungen nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz einhalten, und inwiefern ist nach Ansicht der Bundesregierung ein Sozialdumping aufgrund unterschiedlicher Sozialabgaben und Steuern der verschiedenen EU-Mitgliedsländer möglich?
16. Abgeordnete
Jutta Krellmann
(DIE LINKE.)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung den zusätzlichen Aufwand für Prüfungen von ausländischen Leiharbeitsagenturen durch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit, und in welchem Umfang wird die Bundesregierung bei zu erwartendem Mehraufwand zusätzliches Personal einstellen?
17. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die derzeitige Regelung beizubehalten, wonach Biokraftstoffe der sogenannten ersten Generation ab 1. Januar 2013 in gleicher Höhe besteuert werden wie die Erdöl-derivate Benzin und Diesel, und falls nein, welche konkreten Pläne hat die Bundesregierung, eine sogenannte Unterkompensation bei der steuerlichen Förderung von Biodiesel und Pflanzenöl zukünftig zu vermeiden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Technologie**

18. Abgeordnete
**Andrea
Wicklein**
(SPD)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung die Grenze von 2 Mbit für die Förderfähigkeit des Breitbandausbaus durch die Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) und „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) vor dem Hintergrund darüber weit hinausgehender Bedarfe und der Tatsache, dass Kommunen leistungsfähigere Breitbandanschlüsse anstreben und einrichten wollen, auch wenn Anbieter wie die Deutsche Telekom diese Mindestgeschwindigkeit bereits bereitstellen?
19. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Hacker**
(SPD)
- Welche Chancen sieht die Bundesregierung für die Entwicklung eines sanften Tourismus in der Region Kyritz/Ruppiner Heide nach der Entscheidung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages die nahezu komplette Fläche des Truppenübungsplatzes in das „Nationale Naturerbe“ zu übertragen?
20. Abgeordnete
**Gabriele
Hiller-Ohm**
(SPD)
- In welcher Form wird die Bundesregierung die 353 500 Euro an Bundesmitteln, die von der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) laut Prüfung des Bundesrechnungshofs von 2006 bis 2009 zweckwidrig und unwirtschaftlich eingesetzt wurden, zurückfordern, und wird die Bundesregierung diese Mittel in vollem Umfang für die Förderung des Tourismus einsetzen?
21. Abgeordnete
**Gabriele
Hiller-Ohm**
(SPD)
- In welcher Höhe an Bundesmitteln wurde bzw. wird die Arbeit der Nationalen Koordinationsstelle Tourismus für Alle e. V. (NatKo) in den Jahren 2007, 2008, 2009, 2010 und 2011 gefördert, und in welcher Form unterstützt die Bundesregierung die Weiterentwicklung der NatKo zu einem Kompetenzzentrum für barrierefreies Reisen?
22. Abgeordneter
**Manfred
Nink**
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass anhaltende und enorme makroökonomische Ungleichgewichte und Differenzen in der nationalen Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere der Eurostaaten, die Anfälligkeit der europäischen Wirtschaft erhöhen und das Funktionieren der Währungsunion beeinträchtigen können, und welche konkreten wirt-

schaftspolitischen Maßnahmen hinsichtlich der Steigerung der Binnennachfrage und des Wachstumspotentials, die von EU-Mitgliedstaaten mit Leistungsbilanzüberschüssen erwartet werden, hält sie für sinnvoll?

23. Abgeordneter
Manfred Nink
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Schaffung einer einheitlichen politischen Autorität, die legitimiert ist, wirtschaftspolitische Entscheidungen im Gesamtinteresse zu treffen – vergleichbar der Europäischen Zentralbank für geldpolitische Entscheidungen – für notwendig, und wie schätzt die Bundesregierung die Möglichkeiten ein, eine europäische Wirtschaftsregierung rechtlich und demokratisch zu legitimieren?
24. Abgeordneter
Garrelt Duin
(SPD)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Binnennachfrage und das Wachstumspotential in Deutschland nachhaltig zu steigern vor dem Hintergrund, dass der Europäische Rat den Bericht der Arbeitsgruppe „Wirtschaftspolitische Steuerung“ (Van-Rompuy-Arbeitsgruppe) gebilligt hat, in dem es in Nummer 33 unter anderem heißt: „In den Mitgliedstaaten mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen hingegen sollen politische Maßnahmen darauf abzielen, die Strukturreformen zu ermitteln und durchzuführen, mit denen diese Staaten ihre Binnennachfrage und ihr Wachstumspotential steigern können“?
25. Abgeordneter
Garrelt Duin
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang, die gegebenen makroökonomischen Ungleichgewichte dauerhaft zu verringern, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu schwächen, und welche zusätzliche Abstimmung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken hält die Bundesregierung auf europäischer Ebene für erforderlich?
26. Abgeordnete
Doris Barnett
(SPD)
- Welche Folgen hat nach Einschätzung der Bundesregierung die angekündigte Verschiebung des Starts der Datenabrufphase des elektronischen Entgeltnachweises (ELENA) für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen bzw. betroffene Behörden, und welche zusätzlichen Belastungen ergeben sich für die Bundesländer infolge der damit geplanten, verlängerten Anschubphase?

27. Abgeordneter
**Klaus
Barthel**
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung den seit Anfang des Jahres verstärkten Trend einer weltweiten Verknappung der Verfügbarkeit von Rohstoffen, insbesondere bei Seltenen Erden, und ist die Bundesregierung bereit, sich bezüglich der chinesischen Ausfuhrbeschränkungen für Seltene Erden für eine Überprüfung vor dem Welthandel-Streitbeilegungsmechanismus einzusetzen?
28. Abgeordneter
**Klaus
Barthel**
(SPD)
- Wie schätzt die Bundesregierung die Situation vieler Unternehmen aus der metallverarbeitenden Industrie ein, die mit Lieferengpässen und dramatischen Preiserhöhungen bei Seltenen Erden konfrontiert sind, und gedenkt die Bundesregierung angesichts dieser Situation mit potentiellen Förderländern sogenannte Rohstoffpartnerschaftsabkommen zur Beschaffung von Seltenen Erden abzuschließen?
29. Abgeordnete
**Katja
Keul**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchem Umfang hat die gegenwärtige Bundesregierung seit ihrem Amtsantritt die Ausfuhr von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern genehmigt, und in welchem Umfang wurden im gleichen Zeitraum Kriegswaffen exportiert?
30. Abgeordnete
**Katja
Keul**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie verteilt sich – angesichts der schwerwiegenden Behauptung des Bundesministers des Auswärtigen in der Plenardebatte zum Einzelplan 05 („Jede Waffe, die derzeit ins Ausland exportiert wird, wurde nicht von dieser Regierung projiziert, sondern im Schnitt in den sieben Jahren von Rot-Grün“, Plenarprotokoll 17/74) – der Anteil der Waffen, die seit Amtsantritt der Bundesregierung ins Ausland exportiert wurden, auf Genehmigungen die von der rot-grünen, schwarz-roten und schwarz-gelben Regierung „projiziert“ wurden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

31. Abgeordnete
**Doris
Barnett**
(SPD)
- Welche Meldeverfahren, d. h. welche und wie viele Datensätze, werden seit der Einführung der Datenerfassungs- und Übermittlungsverordnung im Jahr 1998 bzw. des Starts der Datenerhebungsphase des elektronischen Entgeltnachweises durchgeführt und gespeichert, und wer erhält Zugriff auf diese Datensätze?
32. Abgeordnete
**Katja
Dörner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Informationen hat die Bundesregierung aus dem runden Tisch mit zuständigen Rehabilitationsträgern, den Leistungserbringern und Verbänden behinderter Menschen zur Umsetzung der Komplexleistung Frühförderung erhalten, und welche weiteren Schritte plant die Bundesregierung, um die entstandenen Probleme bei der Umsetzung der Komplexleistung zu beseitigen?*)
33. Abgeordnete
**Birgitt
Bender**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung im Zuge des zehnjährigen Bestehens des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) evaluieren, inwiefern die Krankenkversicherungsträger ihrer Verantwortung im trägerübergreifenden Rehabilitationsprozess nachgekommen sind, und wenn nein, warum nicht?
34. Abgeordnete
**Beate
Müller-Gemmeke**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wird die Bundesregierung dafür Sorge tragen, dass künftig auch Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf, die bislang nicht das Kriterium der sogenannten Werkstattfähigkeit nach § 136 Absatz 2 SGB IX erfüllen, gemäß Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention das Recht mit anderen auf Arbeit erhalten, und wie bewertet die Bundesregierung das Vorgehen der beiden Landschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen, die den Begriff der „Werkstattfähigkeit“ sehr weit auslegen und somit auch Menschen mit sehr hohem Unterstützungsbedarf einen Werkstattarbeitsplatz zur Verfügung stellen?
35. Abgeordnete
**Beate
Müller-Gemmeke**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung zur Umsetzung von Artikel 27 Buchstabe c der UN-Behindertenrechtskonvention § 139 SGB IX sowie die Werkstättenmitwirkungsverordnung (WMVO) daraufhin evaluieren, wie echte Mitbestimmungsrechte der Werkstatträte

Siehe hierzu auch Frage 75.

verwirklicht werden können, und wie bewertet die Bundesregierung den Status des „arbeitnehmerähnlichen Rechtsverhältnisses“ nach § 139 SGB IX vor dem Hintergrund der Konvention?

36. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Rolle spielt nach Ansicht der Bundesregierung das Neunte Buch Sozialgesetzbuch bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention – insbesondere die Verpflichtung, trägerübergreifend einheitliche und koordinierte Rehabilitation zu gewährleisten –, und wie bewertet die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die Vorschläge der Arbeits- und Sozialministerkonferenz zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe, wonach die zentrale Steuerungskompetenz im Rehabilitationsprozess auf die Sozialhilfeträger übergehen soll?
37. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern gibt es innerhalb der Bundesregierung Überlegungen, analog zu den Empfehlungen des Deutschen Vereins vom 8. Dezember 2004 ein einkommens- und vermögensunabhängiges Bundesteilhabegeld für Menschen mit Behinderung einzuführen, das wesentliche Nachteilsausgleiche zusammenfasst, und wie bewertet die Bundesregierung die nunmehr gehäuft auftretenden Anträge der Sozialhilfeträger bei den Familienkassen auf Auszahlung des (anteiligen) Kindergeldes für volljährige und dauerhaft voll erwerbsgeminderte Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherungsleistungen nach dem Vierten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch?
38. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie haben sich die Arbeitslosenzahlen der Menschen mit Behinderung im Vergleich zur allgemeinen Arbeitslosenzahl seit Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention entwickelt (aufgelistet nach Monat und Geschlecht), und wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung vor dem Hintergrund des Artikels 27 der UN-Behindertenrechtskonvention, wonach die Vertragsstaaten das Recht von Menschen mit Behinderung auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit anderen auf Arbeit anerkennen?

39. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung einen allgemeinen und dauerhaften Nachteilsausgleich im Sinne eines Minderleistungsausgleiches für Menschen mit Behinderung, und wie bewertet die Bundesregierung eben solche Bemühungen auf der Ebene der Arbeits- und Sozialministerkonferenz zur Zukunft der Eingliederungshilfe?
40. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung im Rat der Europäischen Union voranbringen, um die Rechte von Menschen mit Behinderung gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention auch im Rahmen der Europa-2020-Strategie umzusetzen?
41. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung auf der Grundlage der Entschließung des Rates der Europäischen Union vom 20. November 2010 (2010/C 316/01) ergreifen, um die unter Nummer 28 Buchstabe a beschlossene Förderung inklusiver Bildungssysteme auf allen Ebenen umzusetzen?
42. Abgeordnete
Priska Hinz
(Herborn)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Bereiche aus dem Themenkomplex Bildung und Forschung wird die Bundesregierung voraussichtlich in den Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention aufnehmen, und in welcher Form hat bisher diesbezüglich ein Austausch zwischen dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung stattgefunden?
43. Abgeordnete
Priska Hinz
(Herborn)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche bewusstseinsbildenden Maßnahmen gemäß Artikel 8 der UN-Behindertenrechtskonvention wird die Bundesregierung in dieser Legislatur ergreifen, die vermitteln, dass unter bestimmten Voraussetzungen alle Kinder von einem gemeinsamen Lernen von behinderten und nichtbehinderten Kindern profitieren?
44. Abgeordnete
Britta Haßelmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung vor dem Hintergrund des Artikels 19 der UN-Behindertenrechtskonvention nach einem selbstbestimmten Leben und Einbeziehung in die Gemeinschaft den Mehrkostenvorbehalt nach § 13 Absatz 1 Satz 3 SGB XII, und mit welchen Vorschlägen brachte sich die Bun-

desregierung in die Arbeit der Bund-Länder-Unterarbeitsgruppe IV („Sozialraum/Angebotsgenerierung“) zur Reform der Eingliederungshilfe ein?

45. Abgeordnete
**Britta
Haßelmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung auf der Grundlage des Beschlusses der Arbeits- und Sozialministerkonferenz zur Reform der Eingliederungshilfe vom 24./25. November 2010 einen konkreten Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag einbringen, und welche gesetzlichen Schritte plant die Bundesregierung in diesem Zusammenhang zur Herstellung eines inklusiven Sozialraums?
46. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung das Abzweigen des Kindergeldes zu Ungunsten der Eltern von Erwachsenen mit Behinderung, die Grundsicherungsleistungen nach dem Vierten Kapitel SGB XII beziehen und in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) arbeiten, obwohl den Eltern dennoch zusätzliche behinderungsbedingte Aufwendungen entstehen (siehe auch www.kobinet-nachrichten.org vom 6. November 2010 „Geänderte Hartz-IV-Sätze benachteiligen behinderte Menschen“ und die dazugehörigen diversen Leserbriefe)?
47. Abgeordnete
**Kerstin
Andreae**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie möchte die Bundesregierung Artikel 27 Buchstabe f der UN-Behindertenrechtskonvention nachkommen, mit dem sich die Bundesregierung verpflichtet hat, „Möglichkeiten für Selbständigkeit, Unternehmertum, die Bildung von Genossenschaften und die Gründung eines eigenen Geschäfts zu fördern“, und zu welchen neuen Erkenntnissen ist die Bundesregierung in den vergangenen zwei Jahren seit Beantwortung der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Existenzgründung für Menschen mit Behinderungen“ (Bundestagsdrucksache 16/9272) bei der Frage gekommen, ob die Belange behinderter Menschen bei der Existenzgründungsberatung angemessen berücksichtigt werden?
48. Abgeordnete
**Kerstin
Andreae**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchen Bundesländern gibt es nach Informationen der Bundesregierung spezielle Existenzgründungsberatungen für Menschen mit Behinderung, und wie werden diese finanziell gefördert?

49. Abgeordnete
Daniela Wagner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sieht die Bundesregierung bundesgesetzlichen Änderungsbedarf aufgrund der Regelungen des Artikels 9 der UN-Behindertenrechtskonvention, und wenn ja, wie sieht dieser aus?
50. Abgeordnete
Daniela Wagner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung, dass im Jahr 2010 ausschließlich im Bundesland Rheinland-Pfalz Zielvereinbarungen zur Herstellung von Barrierefreiheit gemäß Artikel 5 des Behindertengleichstellungsgesetzes abgeschlossen wurden, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung hieraus?
51. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Zahlen liegen der Bundesregierung vor, wie viele Menschen von der Heraufsetzung der abschlagsfreien Regelaltersgrenze für Erwerbsminderungsrente und Rente wegen Schwerbehinderung betroffen sein werden, und wie bewertet die Bundesregierung den Vorschlag, die Altersgrenze für diese Personengruppen wieder auf 63 Jahre abzusenken?
52. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung aus der Studie zum Stand der Umsetzung des im Jahr 2004 eingeführten Instituts des Betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM) nach § 84 Absatz 2 SGB IX unter der wissenschaftlichen Projektleitung von Prof. Dr. Dr. Mathilde Niehaus aus dem Jahr 2008 gezogen, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung in dieser Legislatur, um das dynamische Instrument „BEM“ kontinuierlich weiterzuentwickeln?
53. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern übernimmt die Bundesregierung eine koordinierende Rolle auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene bei der vollständigen Umsetzung der „Barrierefreien Informationstechnik-Verordnung“ (BITV) als ein bedeutsames Instrument zur Umsetzung des Artikels 9 der UN-Behindertenrechtskonvention für den Informations- und Kommunikationssektor?

54. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schritte hat die Bundesregierung bislang unternommen, um die bereits novellierte Verordnung, die sog. BITV 2, abgestimmt einzuführen, und welches weitere Vorgehen plant sie?
55. Abgeordnete
Monika Lazar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie weit ist die Bundesregierung in ihren Plänen, in den künftigen Berichten über die Lage behinderter Menschen und die Entwicklung ihrer Teilhabe „noch stärker als bisher auf die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern sowie die Auswirkungen der getroffenen Maßnahmen auf beide Geschlechter einzugehen“ (Bundestagsdrucksache 17/2595)?
56. Abgeordnete
Monika Lazar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was kann die Bundesregierung zum jetzigen Zeitpunkt über die in Auftrag gegebene Vorstudie zur aktuellen Datenlage zu Menschen mit Behinderung sagen, die zugleich eine wissenschaftliche Konzeption für ein neues Berichtswesen entwerfen soll?
57. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um gemäß Artikel 30 Absatz 1 der UN-Behindertenrechtskonvention den Zugang zu Dokumenten, Schulbüchern, e-books, digitalen Bibliotheken und Nachschlagewerken zu sichern, und inwiefern wird die Bundesregierung Entwickler, Anbieter und Vertreiber der entsprechenden Informationssysteme, die für die Ausbildung und berufliche Teilhabe behinderter Menschen unbedingt erforderlich sind, bei etwaigen Maßnahmen beteiligen?
58. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie möchte die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Ländern sicherstellen, dass Menschen mit Behinderung gemäß Artikel 30 Absatz 1 der UN-Behindertenrechtskonvention Zugang u. a. zu Fernsehprogrammen, Filmen und anderen kulturellen Aktivitäten haben?
59. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann genau wird die Bundesregierung einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) vorlegen, und welche konkreten Möglichkeiten hat die Zivilgesellschaft, insbesondere Menschen mit Behinderung und die sie vertretenden Organisationen, im Rahmen des beim Bundesbeauftragten für die Belange behinderter

Menschen eingerichteten Teilhabebeirat die Umsetzung der im Aktionsplan genannten Maßnahmen zu überwachen?

60. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchen Bundesministerien wird die Bundesregierung zur innerstaatlichen Durchführung der Konvention Focal Points nach Artikel 33 der BRK einrichten, und wie wird die Bundesregierung als Vertragspartnerin gegenüber den Vereinten Nationen sicherstellen, dass solche Focal Points auch entsprechend bei den jeweiligen 16 Bundesländern eingerichtet werden?
61. Abgeordnete
Anette Kramme
(SPD)
- Wie wirken sich nach den dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorliegenden Informationen die Kürzungen im Bundeshaushalt 2011 (im Vergleich zum Bundeshaushalt 2010) beim Eingliederungstitel (Leistungen zur Eingliederung in Arbeit) und den Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende in den einzelnen JobCentern bzw. Optionskommunen aus, und um welchen Betrag (absolut und prozentual) reduzieren sich die vor Ort in dem jeweiligen JobCenter bzw. der jeweiligen Optionskommune zur Verfügung stehenden Mittel sowohl für den Eingliederungstitel als auch die für Verwaltungskosten?
62. Abgeordnete
Anette Kramme
(SPD)
- Wie wirkt es sich von der Zahl der Mitarbeiter bzw. der Mitarbeiterstunden her (absolut und prozentual) in den einzelnen JobCentern bzw. Optionskommunen aus, dass entgegen der in der Vergangenheit üblichen Praxis auf die Obergrenze für den Anteil der maximal zulässigen Zahl an befristet beschäftigten Mitarbeitern in den jeweiligen JobCentern beispielsweise im Rahmen einer Schwangerschafts- oder Krankheitsvertretung zeitlich befristet beschäftigte Mitarbeiter angerechnet werden?
63. Abgeordnete
Bärbel Bas
(SPD)
- Wie begründet die Bundesregierung ihre Pläne, privat krankenversicherte Empfänger von Arbeitslosengeld II (ALG II) in die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) zu überführen, um das Kostendeckungsproblem zu lösen (Bericht Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. November 2010, S. 11), und warum senkt die Bundesregierung nicht den Basistarif der privaten Krankenversicherung für ALG-II-Empfänger auf die Höhe des Zuschusses,

den die Bundesagentur für Arbeit für gesetzlich krankenversicherte ALG-II-Empfänger an die GKV zahlt?

64. Abgeordnete
**Bärbel
Bas**
(SPD)
- Was spricht aus Sicht der Bundesregierung dagegen, dass die Bundesagentur für Arbeit für privat versicherte ALG-II-Empfänger einen kostendeckenden Beitrag an die Krankenkassen überweist, und wie steht die Bundesregierung zur Forderung, auch für gesetzlich krankenversicherte ALG-II-Empfänger den Kassen einen kostendeckenden Beitrag zu überweisen?
65. Abgeordnete
**Sabine
Zimmernann**
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesministerin für Arbeit und Soziales zu der Aussage veranlasst, mit der EU-Freizügigkeit ab dem 1. Mai 2011 könnte „über ausländische Tarifverträge Lohndumping zu uns transportiert“ werden (Braunschweiger Zeitung, 24. November 2010), und wäre es ein denkbarer Weg, diesem Problem mit einer Streichung des Tarifvorbehalts im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz zu begegnen?
66. Abgeordnete
**Sabine
Zimmernann**
(DIE LINKE.)
- Inwiefern arbeitet derzeit die Bundesagentur für Arbeit (Regionaldirektionen und Agenturen) mit Leiharbeitsfirmen zusammen, die nicht in Deutschland ansässig sind (bitte auch Form und Umfang nennen), und wie werden die Regionaldirektionen bzw. Arbeitsagenturen ab dem 1. Mai 2011 mit ausländischen Leiharbeitsagenturen zusammenarbeiten?
67. Abgeordneter
**Werner
Dreibus**
(DIE LINKE.)
- Unter welchen Voraussetzungen können in Anbetracht der momentanen Regelungen zur EU-Dienstleistungsfreiheit und angesichts der Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit derzeit Leiharbeitsfirmen mit Sitz in den 2004 der EU beigetretenen mittel- und osteuropäischen Ländern in Deutschland tätig werden, und welche Anforderungen gelten für die eingesetzten Leiharbeiterinnen und -arbeiter (bitte danach unterscheiden, welche Staatsangehörigkeit sie haben, ob sie ihren Wohnsitz in Deutschland oder in den Herkunftsländern haben bzw. ob sie eine Arbeitsgenehmigung für Deutschland haben)?

68. Abgeordneter
Werner Dreibus
(DIE LINKE.)
- Was ändert sich bezüglich der oben geschilderten Problematik ab dem 1. Mai 2011?
69. Abgeordneter
Klaus Ernst
(DIE LINKE.)
- Auf welcher Grundlage geht das Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, Heinrich Alt, davon aus, dass im Zuge der am 1. Mai 2011 in Kraft tretenden Arbeitnehmerfreizügigkeit, „künftig jährlich zwischen 100 000 und 140 000 Arbeitskräfte“ aus den acht osteuropäischen EU-Staaten zeitweilig oder dauerhaft einen Arbeitsplatz in Deutschland suchen werden, und wie teilt die Bundesregierung die Auffassung von Heinrich Alt, dass dies ein „Einschnitt insbesondere für die neuen Länder“ darstellt (vgl. z. B. WELT ONLINE „100 000 Arbeitskräfte aus Osteuropa erwartet“ vom 20. November 2010)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

70. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Pläne für die Rechte an der Marke „Informationsdienst Holz“, die der Holzabsatzfonds gehalten hat, hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Abwicklung des Holzabsatzfonds?
71. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Führen die Pläne der Bundesregierung unter Umständen dazu, dass die Nutzung der Marke durch die Forst- und Holzwirtschaft, die den Wert dieser Marke in den zurückliegenden Jahrzehnten durch eigene finanzielle Beiträge geschaffen hat, womöglich nur gegen eine Nutzungsgebühr möglich ist oder die Marke von ihr meistbietend erworben werden muss?
72. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)
- In welchen Ländern und in welcher Höhe werden nach Kenntnis der Bundesregierung erhöhte Gebühren bzw. Steuern für Transaktionen mit Nahrungsmitteln oder Agrarrohstoffen erhoben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

73. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist die Beschaffung des A400M für die Bundeswehr bis 2014 und dessen volle Einsatzbereitschaft im Jahr 2018 mit der Aussage des Bundesministers der Verteidigung entsprechend seiner Äußerungen anlässlich der Bundeswehrtagung 2010 in Dresden vereinbar, wonach jeder Rüstungs- und Beschaffungsprozess vom Ziel her zu betrachten ist, und welche Alternativen zum Beschaffungsprojekt A400M wurden geprüft?
74. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Punkte der geplanten Bundeswehrreform sollen am 9. Dezember 2010 durch das Kabinett der Bundesregierung beschlossen werden, und wann plant die Bundesregierung, den Deutschen Bundestag über die konkreten Inhalte zu informieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

75. Abgeordnete
Katja Dörner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der Stand der Erarbeitungen zu „Optionen für eine Neugestaltung der Verantwortungsbereiche von Kinder- und Jugendhilfe und Sozialhilfe“, und welche Ergebnisse ergab die intensive Prüfung einer „Zuständigkeitskonzentration bei der Kinder- und Jugendhilfe“ (sog. große Lösung), welche die Bundesregierung bezugnehmend auf Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung in ihrer Stellungnahme zum 13. Kinder- und Jugendbericht angekündigt hat?*)
76. Abgeordnete
Caren Marks
(SPD)
- Wie begründet die Bundesregierung die Tatsache, dass es keine Übergangsregelung für Elterngeldbezieherinnen und -bezieher gibt, die sich im SGB-II-Leistungsbezug befinden, insbesondere für diejenigen, die ihre Elterngeldleistung nach geltendem Recht auf zwei Jahre gestreckt haben, und ist das Fehlen eines Bestandsschutzes nach Auffassung der Bundesregierung rechtskonform?

Siehe hierzu auch Frage 32.

77. Abgeordnete
Caren Marks
(SPD)
- Stellt die Bundesregierung sicher, dass diejenigen Elterngeldbezieherinnen und -bezieher, die von der Möglichkeit des Widerspruches Gebrauch machen und die Streckung des Elterngeldes auf 24 Monate rückgängig machen, ihre bestehenden Ansprüche im Bezugsjahr 2010 auch in voller Höhe unabhängig vom Zeitpunkt der Zahlung erhalten können, und wenn nein, warum nicht?
78. Abgeordnete
Daniela Kolbe
(Leipzig)
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Organisationen bekannt, die nachweislich eine den Zielen des Grundgesetzes nicht förderliche Arbeit verrichten und gleichzeitig in der Vergangenheit aus Mitteln des Bundes, etwa aus dem Programm „VIELFALT TUT GUT.“ oder dessen Vorgängerprogramm gefördert wurden, und wenn ja, welche sind das?
79. Abgeordnete
Daniela Kolbe
(Leipzig)
(SPD)
- Welche Gründe haben die Bundesregierung dazu bewogen, das in dem Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Hermann Kues, vom 15. November 2010 an die Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erwähnte Projekt „Wir fahren nach Berlin – gegen Linksextremismus“ des Trägers Junge Union als Modellprojekt auszuwählen, und welche Vorbildwirkung verspricht sich die Bundesregierung von „Wir fahren nach Berlin – gegen Linksextremismus“?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

80. Abgeordnete
Elisabeth Scharfenberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit sind nach Ansicht der Bundesregierung pflegebedürftige Menschen nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XI) auch Menschen mit Behinderung nach der UN-Behindertenrechtskonvention, und wie wird sichergestellt, dass die für Jahr 2011 angekündigte Pflegereform und die Überarbeitung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs den Inhalten der UN-Behindertenrechtskonvention entspricht?

81. Abgeordnete
Elisabeth Scharfenberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie möchte die Bundesregierung die Schnittstellenprobleme zwischen dem SGB XI und dem SGB XII beheben, die sich unter anderem in der Regelung zu § 43a SGB XI widerspiegeln, wonach Bewohnerinnen und Bewohner stationärer Einrichtungen der Eingliederungshilfe die umfängliche Inanspruchnahme von Leistungen nach dem SGB XI erschwert wird, und inwiefern wird die Bundesregierung einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff vorschlagen, der diese existierenden Schnittstellenprobleme beseitigt?
82. Abgeordnete
Birgitt Bender
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Probleme bei der gesundheitlichen Versorgung von Menschen mit Behinderung sind der Bundesregierung bekannt, und wie verhalten sich diese zum „Recht auf ein erreichbares Höchstmaß an Gesundheit, Habilitation und Rehabilitation“ gemäß den Artikeln 24 und 26 der UN-Behindertenrechtskonvention?
83. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um Gesundheitsleistungen gemäß Artikel 25 der UN-Behindertenrechtskonvention so gemeindenah wie möglich, auch in ländlichen Gebieten, anzubieten, und welche Rolle spielte dieses Thema in der Bund-Länder-Unterarbeitsgruppe IV („Sozialraum/Angebotsgenerierung“) zur Reform der Eingliederungshilfe?
84. Abgeordnete
Kathrin Senger-Schäfer
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen und welcher gesetzgeberische Handlungsbedarf – wie vom Patientenbeauftragten der Bundesregierung Wolfgang Zöller bei den „Rosenthaler Gesprächen“ des AOK-Bundesverbandes geäußert und bei einem Scheitern der Gespräche der Selbstverwaltung ab Ende November 2010 angekündigt (vgl. *ÄRZTE ZEITUNG* online vom 12. November 2010) – ergibt sich für die Bundesregierung aus der neuerlichen Entwicklung, die zum Abbruch der Gespräche zu den Pflegetransparenzvereinbarungen führten (vgl. Pressemitteilung des Bundesministeriums für Gesundheit vom 24. November 2010) und keine – wie in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Transparenz der Pflegequalität“ (Bundestagsdrucksache 17/3372) zu Frage 9 beschriebene konstruktive und zielführende Mitarbeit aller Vereinbarungspartner der Pflege-Transparenzvereinbarung ambulant und -stationär (PTVA, PTVS) zu erwarten ist –, welche aber für eine Weiterentwicklung der sogenannten Pflegenoten auf Grundlage des Einstimmigkeitsprinzips notwendig ist?

85. Abgeordneter
René Röspel
(SPD)
- Die Befruchtung von wie vielen Eizellen ist nach Wissen der Bundesregierung im Rahmen einer reproduktionsmedizinischen Behandlung notwendig, sofern neben der künstlichen Befruchtung auch die Durchführung einer Präimplantationsdiagnostik (PID) geplant ist, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass für eine Erfolg versprechende reproduktionsmedizinische Behandlung inklusive PID mehr als drei Eizellen befruchtet werden müssen?
86. Abgeordneter
Harald Weinberg
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung in jedem Fall ausschließen, dass Zuzahlungen und andere im Zusammenhang mit der Leistungserbringung zu leistende Zahlungen (Kostenerstattungstarife, wirtschaftliche Aufzahlungen, rezeptfreie Medikamente etc.) zu einem verminderten Inanspruchnahmeverhalten bei notwendigen Behandlungen führen bzw. zu finanziellen Härten im Fall der Inanspruchnahme?
87. Abgeordneter
Harald Weinberg
(DIE LINKE.)
- Ist der Bundesregierung das eindringliche Plädoyer im Weltgesundheitsbericht 2010 der Weltgesundheitsorganisation gegen „direct payments“, also gegen Zahlungen, die im direkten Zusammenhang mit der Gewährung von Arztbesuchen oder Medikamenten stehen, bekannt, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung für die Forcierung von Kostenerstattungstarifen, Praxisgebühr, Rezeptgebühr, andere Zuzahlungen, Aufzahlungen bei Festbeträgen, Nichterstattungsfähigkeit von rezeptfreien Medikamenten und Sehhilfen und anderen entsprechenden „direct payments“?
88. Abgeordnete
Dr. Martina Bunge
(DIE LINKE.)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem Gespräch des Bundesministers für Gesundheit mit Hebammenvertreterinnen am 9. November 2010, und welche konkreten Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die Honorarsituation der Hebammen zu verbessern (bitte die Maßnahmen mit einem Zeitplan vorlegen)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

89. Abgeordneter
**Dr. Anton
Hofreiter**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Untersuchungen umfasst die kürzlich vorgestellte Bedarfsplanüberprüfung durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung neben den bereits veröffentlichten Berichten, und welche Kosten haben diese Untersuchungen verursacht?
90. Abgeordneter
**Dr. Anton
Hofreiter**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Form soll das für Einzelprojekte des Bedarfsplans Straße vorgesehene Projektmanagement ablaufen, das Entwicklungsprozesse zu Projektnutzen und -kosten, kontinuierlich beobachtet und bewertet (vgl. Schlussbericht Fernstraßen, veröffentlicht durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung am 11. November 2010), und aus welchem Grund wurde die Veröffentlichung der Bedarfsplanüberprüfung erst jetzt vorgestellt?
91. Abgeordnete
**Ulrike
Gottschalck**
(SPD)
- Wie konkret greift der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, gegen Sicherheitsmängel im Luftfrachtbereich durch sogenannte bekannte Versender durch, und wie viele der 65 000 „bekannten Versender“ wurden bisher durch das Luftfahrt-Bundesamt (LBA) auf Sicherheitstauglichkeit überprüft?
92. Abgeordnete
**Ulrike
Gottschalck**
(SPD)
- Wie vielen „bekannten Versendern“ wurde die Sicherheitslizenz entzogen, und wie viele „bekannte Versender“ wurden mit welchen Maßnahmen abgemahnt?
93. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Hacker**
(SPD)
- Wann beabsichtigt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Entscheidung deutscher Luftfahrtunternehmen, Flugverbindungen und Flugflotten zu verringern sowie dem Ausbaustopp für den Flughafen Hahn, die offensichtlich negativen Auswirkungen der als „Insellösung“ gestalteten deutschen Luftverkehrsteuer auf ihre Wirkung hin zu untersuchen, und welche Kriterien wird sie dafür zugrunde legen?

94. Abgeordneter
René Röspel
(SPD) Welche Konsequenzen oder Probleme hätten bei der Havarie der Ostseefähre „Lisco Gloria“ entstehen können oder könnten bei einem vergleichbaren Unglück entstehen, wenn die Fehrmarnbelt-Querung bereits existiert hätte (sowohl für das Brückenbauwerk wie auch für den Schifffahrtsverkehr)?
95. Abgeordneter
Heinz Paula
(SPD) Wird das Programmgebiet Augsburg des Bundesprogrammes „Soziale Stadt“ trotz der beschlossenen Haushaltskürzungen auch über das Jahr 2010 hinaus weiterhin mit Mitteln des Bundes gefördert, und wenn ja, in welchem Umfang?
96. Abgeordneter
Winfried Hermann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Ist der Bundesregierung bekannt, wann die Deutsche Bahn AG ein zweites Eisenbahnprogramm nach dem Behindertengleichstellungsgesetz bzw. der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung vorlegen wird, und wie hoch war der Anteil an Bundesmitteln bei der Finanzierung von Investitionen zur Herstellung der Barrierefreiheit im Bahnverkehr (Auflistung der letzten fünf Jahre)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

97. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie bewertet die Bundesregierung die Äußerung des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Norbert Röttgen, „Wir waren geistig nicht ausreichend aufs Regieren vorbereitet, wir nicht, und zusammen mit der FDP schon gar nicht.“ (stern vom 25. November 2010, dapd vom 24. November 2010)?
98. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welches Schiff soll nach Informationen der Bundesregierung für den möglichen Seetransport von hochradioaktiven Brennelementen von Ahaus in das russische Majak genutzt werden, und wie bewertet sie dabei die Sicherheit des möglichen Transportschiffs „MCL Trader“, welches am 17. Mai 2008 aufgrund von Trunkenheit des Kapitäns auf eine Sandbank vor Bornholm auflief?

99. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant das BMU, sich vor seiner Entscheidung über den beantragten Transport der 951 abgebrannten Rossendorfer Brennelemente von Ahaus ins russische Majak vor Ort, also in Majak, ein Bild von den Verhältnissen zu machen (ggf. auch durch Institutionen wie die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit), und bis wann will die Bundesregierung nach aktueller Planung spätestens über die Genehmigung des Transports entscheiden?
100. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat der zuständige Abteilungsleiter des Landes Schleswig-Holstein dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) seine Vorbehalte im Hinblick auf die Bund-Länder-Nachrüstliste für Atomkraftwerke nach dem 5. September 2010 per Brief, Fax oder E-Mail mitgeteilt (bitte mit Angabe des Datums), und liegen dem BMU aus einzelnen Bundesländern bereits erste Informationen zum tatsächlichen Nachrüstbedarf einzelner Anlagen ganz konkret im Zusammenhang mit den in der Liste enthaltenen Maßnahmen vor oder nicht (es wird um eine klare Aussage gebeten und keinen erneuten Verweis auf Bundestagsdrucksache 17/3394, Frage 1)?
101. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Liegen der Bundesregierung Abschätzungen vor, ob eine intensivere Anwendung des § 37 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) absehbar zu einer höheren EEG-Umlage führen könnte, und falls ja, auf welche Höhe belaufen sich diese Abschätzungen?
102. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass die gehäuften Krebsfälle in der Umgebung des Forschungsendlagers Asse II auf die dortige Atommüll-lagerung zurückzuführen ist?
103. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Erkenntnissen über gehäufte Krebsfälle in der Nähe der Asse II?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

104. Abgeordnete
**Nicole
Gohlke**
(DIE LINKE.)
- Welche Korrekturen im Rahmen des Hochschulpaktes II plant die Bundesregierung im Hinblick auf die Berücksichtigung der tatsächlichen Durchschnittskosten pro Studienplatz und mit Rücksicht auf die Tatsache, dass die im Rahmen des Hochschulpaktes I vorgesehenen Studienanfänger-/Studienanfängerinnen-Zahlen deutlich übertroffen wurden?
105. Abgeordnete
**Nicole
Gohlke**
(DIE LINKE.)
- Wie entwickelt sich im Zusammenhang mit der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Studienanfängerquote das Verhältnis von Studienanfängerinnen und Studienanfängern zur Zahl der Hochschulzugangsberechtigten im gleichen Alter, und welchen Einfluss hat die Zahl der sogenannten Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer einerseits und die Einbeziehung zusätzlicher Bildungseinrichtungen in die Statistik andererseits auf die Entwicklung der Studienanfängerquote von 2010 gegenüber 2009?
106. Abgeordneter
**Klaus
Hagemann**
(SPD)
- Wie soll der 7 Mio. Euro teure Wissenschaftszug unter Angabe des Einsatzortes und des Starttermins im Hinblick auf die Antwort zu meiner Schriftlichen Frage 140 auf Bundestagsdrucksache 17/2892 nunmehr verwendet bzw. eingesetzt werden, und wie hoch sind die Bewachungs- und Unterhaltungskosten für den Zug unter Berücksichtigung der Aufwendungen der Deutschen Bahn AG seit Stilllegung des Science Trains sowohl insgesamt als auch pro Monat?

107. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, dass – wie Medien in Mecklenburg-Vorpommern berichten – am 16. Dezember 2010 oder zu einem anderen Zeitpunkt Atommüll aus dem Forschungszentrum Jülich nach Lubmin transportiert werden soll, und wenn ja, um welche Abfälle/-mengen handelt es sich konkret?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

108. Abgeordneter
**Uwe
Kekeritz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Zeitplan hat sich die Bundesregierung für die Entwicklung einer Strategie gesetzt, um die deutsche Entwicklungszusammenarbeit im Sinne des Artikels 32 der UN-Behindertenrechtskonvention zu gestalten, und in welcher Weise wird die Zivilgesellschaft daran beteiligt werden?
109. Abgeordneter
**Uwe
Kekeritz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Mitteln (personell und finanziell) ist das GTZ-Sektorvorhaben „Menschen mit Behinderungen“ ausgestattet, und welche weiteren Mittel werden für Maßnahmen und konkrete Projektvorhaben zur Inklusion von Menschen mit Behinderung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Haushalt 2011 bereitgestellt?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

110. Abgeordneter
**Dr. Rolf
Mützenich**
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung bisher über konsularische Betreuungsmaßnahmen hinaus unternommen, um den deutschen Staatsangehörigen Erdogan Akhanli nach seiner Verhaftung in der Türkei zu helfen, und was hat sie bisher unternommen, um die Gründe für die Verhaftung Erdogan Akhanlis in Erfahrung zu bringen?
111. Abgeordneter
**Dr. Rolf
Mützenich**
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, eigene Beobachter zum bevorstehenden Prozess gegen Erdogan Akhanli zu entsenden, und hat sie bereits organisatorische Schritte unternommen, um ihm eine kontinuierliche Prozessbeobachtung durch die deutsche Botschaft in Ankara sicherzustellen?

112. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass aus dem Europäischen Finanzinstrument für Demokratie und Menschenrechte zwar zahlreiche oppositionelle Gruppen und Organisationen in den ALBA-Staaten bezuschusst werden, aber nicht eine Menschenrechtsorganisation aus dem Königreich Saudi-Arabien und den anderen Staaten des Golf-Kooperationsrates, und welchen Einfluss hat die Bundesregierung auf die Mittelvergabe in den jeweiligen Staaten ausgeübt?
113. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Womit wird vonseiten der EU und ihrer Mitgliedstaaten begründet, dass Angaben darüber, an welchen Einrichtungen und durch wen bislang im Rahmen der EU-Mission EUJUST LEX irakische Richter, Polizei- und Justizvollzugsbeamte in Europa ausgebildet wurden und insbesondere darüber, ob auch weibliche Personen im Rahmen von EUJUST LEX ausgebildet wurden, als „Verschlussache – nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft und damit der Öffentlichkeit vorenthalten werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

114. Abgeordnete
**Silvia
Schmidt**
(Eisleben)
(SPD)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zur Anzahl der vom Wahlrechtsausschluss des § 13 Nummer 2 des Bundeswahlgesetzes betroffenen Menschen mit umfassender Betreuung vor, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Regelung vor dem Hintergrund der UN-Behindertenrechtskonvention?
115. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(DIE LINKE.)
- Welche Publikationen, Onlineangebote, Veranstaltungen oder sonstigen Maßnahmen der politischen Bildung zur Förderung des Verständnisses für behindertenpolitische Sachverhalte gibt es von der Bundeszentrale für politische Bildung nach derzeitiger Planung in den Jahren 2010 und 2011 (über die am 7. Juni 2010 erschienene Ausgabe der Zeitschrift Aus Politik und Zeitgeschichte – APuZ 23/2010 – zum Thema „Menschen mit Behinderungen“ hinaus), und inwiefern wird aus Sicht der Bundesregierung die Bundeszentrale damit – auch mit Blick auf Artikel 8 der UN-Behindertenrechtskonvention „Bewusstseinsbildung“ – dieser Aufgabe gerecht?

116. Abgeordnete
Dr. Eva
Högl
(SPD)

Was sind die Auswirkungen der durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts untersagten Vorratsdatenspeicherung auf die aktuelle Sicherheitslage in Deutschland?

